Verbraucherzentrale Hamburg

Pressemitteilung vom 16. November 2020

Klimaschutz: Freihandelsabkommen Mercosur contra Green Deal

Mangelnde Herkunftskennzeichnung bei Fleischprodukten aus Südamerika

Das geplante Freihandelsabkommen Mercosur zwischen der Europäischen Union (EU) und den Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay verstößt in vielerlei Hinsicht gegen den Green Deal der Europäischen Kommission. Die Verbraucherzentrale Hamburg hat die Standards zur Lebensmittelproduktion und -qualität in den südamerikanischen Staaten mit den Zielen für ein klimaneutrales Europa verglichen. Verbraucherinnen und Verbrauchern können die Produkte aus den betroffenen Ländern meist nicht boykottieren, denn die gesetzliche Pflicht zur Herkunftskennzeichnung gilt nur für unverarbeitete Lebensmittel wie Fleisch, Obst und Gemüse.

„Es kann nicht sein, dass Europa den Klimaschutz voranbringen will und zugleich ein Freihandelsabkommen auf den Weg gebracht werden soll, das dem Green Deal in vielen Punkten widerspricht“, sagt Silke Schwartau von der Verbraucherzentrale Hamburg. Eine Auswertung der Verbraucherschützer zeigt in den südamerikanischen Ländern Verluste bei der Biodiversität durch den Anbau von genverändertem Soja, mögliche Gesundheitsprobleme durch den Einsatz von Antibiotika als Wachstumsförderer oder massive Eingriffe in die Umwelt wie die klimaschädliche Brandrodung des Regenwaldes.

„Kommt das Mercosur-Abkommen in seiner aktuellen Fassung, gelangen im schlimmsten Fall mehr klimaschädliche Lebensmittel nach Europa und Verbraucher können sich nicht einmal gegen sie entscheiden“, so Schwartau. Fleisch aus Brasilien würde dann eventuell in Fertiglasagne, Suppen und Rindswurst verarbeitet, ohne dass Konsumenten auf der Verpackung einen Hinweis darauf fänden. „Doch Handel und

Gastronomie ziehen sich aus der Verantwortung.“ Mehr als die Hälfte reagierte überhaupt nicht auf eine Anfrage der Verbraucherschützer. Zwar importieren fünf der befragten Unternehmen nach eigenen Angaben kein Frischfleisch aus Südamerika, doch die Herkunft von Fleischzutaten bei verarbeiteten Lebensmitteln auszuloben, zog kein einziger Anbieter in Erwägung. Auf Sondervereinbarungen mit den Lieferanten, Regenwaldgebiete beim Import von Fleisch zu meiden und damit die gesamten Lieferketten im Auge zu behalten, wies nur ein Unternehmen hin.

„Um den Klimaschutz voranzubringen, bedarf es einer ökologischen Fleischpolitik, die wirklich transparent ist. Verbraucher wollen wissen, woher ihr Essen kommt und nicht länger im Dunkeln tappen“, meint Schwartau.

Die Ergebnisse der Anbieter-Umfrage und eine Übersicht mit dem Vergleich zwischen Mercosur-Abkommen und Green Deal sind veröffentlicht auf der Internetseite der Verbraucherzentrale Hamburg unter: **www.vzhh.de/mercosur**.

Bitte beachten Sie, dass die Meldung den Stand der Dinge zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wiedergibt.

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

https://www.vzhh.de/presse/klimaschutz-freihandelsabkommen-mercosur-contra-green-deal